

UNI INFO

15/79
30. Oktober

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg · Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: 798-213 1 .. Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Karin Wolf, Verlag, Druck und Anzeigenverwaltung Lüttmann Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur nach Rücksprache mit der Redaktion. (Der Gründungsausschuß, das Konzil und der Senat haben einstimmig beschlossen, daß die Universität den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst hat sich der Führung dieses Namens durch die Universität Oldenburg bisher widersetzt.)

Parlamentarische Initiative der SPD zu Gunsten der Namensgebung?

Bundestagsabgeordnete schrieben an Fraktionsvorsitzenden Karl Ravens

Erstmals haben die drei SPD-Bundestagsabgeordneten der Region Carl Ewen, Heinrich Müller und Walter Polkehn in der nunmehr fünfjährigen Auseinandersetzung um die Namensgebung offen Position für die Universität Oldenburg bezogen. In einem Brief baten sie den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Karl Ravens, einen Antrag in das Par-

lament mit der Zielsetzung einzubringen, „der Universität endlich den von ihr gewünschten Namen zu geben“. Dabei stützen sie sich auf einen einstimmigen Beschluß des Bezirksparteitages vom Juli dieses Jahres. In dem Brief an Ravens heißt es dazu, es werde immer deutlicher, daß die Niedersächsische Landesregierung „mit ihrer aus rein ideologischen Grün-

den motivierten ablehnenden Haltung“ zur Namensgebung in Oldenburg in eine politische Sackgasse gerate. Dies sollte die Opposition im Landtag deutlich machen „umso mehr, als wir Sozialdemokraten in Weser-Ems eine eindeutig positive Stellung zu einer Carl-von-Ossietzky-Universität haben“.

gh

KIBUM-Sonderausstellung:

Erziehung zum Krieg - Krieg als Erzieher

Fünf Städte übernehmen Oldenburger Kinderbuchmesse

In diesem Jahr veranstaltet die Universität Oldenburg in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule und der Stadt Oldenburg zum 5. Mal die nichtkommerzielle Oldenburger Kinder- und Jugendbuchmesse (KIBUM). Wie gefragt das in der Bundesrepublik einzigartige Unternehmen inzwischen auch bei anderen Städten ist, geht daraus hervor, daß

diesmal fünf Städte die Ausstellung übernehmen werden: Wilhelmshaven, Vechta, Aurich, Buxtehude und Bremerhaven.

Schwerpunkte der diesjährigen Messe sind außer der gewohnten Gesamtübersicht über die Jugendbuchproduktion der deutschsprachigen Verlage dieses Jahres Literaturangebote, Lesungen und Informationsveranstaltungen für Kinder türkischer und jugoslawischer Arbeitnehmer. Erstmals sind auch plattdeutsche Lesungen in Schulen und eine Theateraufführung der August-Hinrichs-Bühne ins Programm aufgenommen worden. Erfreulich, daß ALHAMBRA ein nichtkommerzielles Filmprogramm für Kinder und Jugendliche beisteuert.

Im Mittelpunkt der diesjährigen Messe steht zweifellos aber das Thema „Politik und Geschichte im deutschen Jugendbuch“. Max von der Grün und Renate Finckh, die in diesem Jahr mit Jugendbüchern über den Nationalsozialismus Aufsehen erregten, wurden zu Lesungen und Diskussionen eingeladen.

Am 11. November 1979 wird im Stadtmuseum Oldenburg eine Ausstellung eröffnet, die das Thema hat: „1870 - 1945: Erziehung zum Krieg - Krieg als Erzieher. Mit dem Jugendbuch für Kaiser, Vaterland und Führer“. In dieser Ausstellung, die von mir zusammen mit Studenten der Universität Oldenburg vorbereitet worden ist und zu der ein umfangreicher Katalog (DM 5,-) angeboten wird, werden rund 350 Titel gezeigt. Das Hauptgewicht liegt auf der Präsentation nationalsozialistischer Jugendliteratur, der militaristischen und völkisch-nationalen Jugendliteratur, im Kaiserreich und der Weimarer Republik sowie der Behandlung des Nationalsozialismus in der Jugendliteratur nach 1945.

Wolfgang Promies



Nazi-Illustration in einem Kinderbuch: Bildunterschrift dazu: „Was braust hier wie ein Sturm heran? Der Hitlerjugend Viergespann! Galopp! Galopp! Zum Endsport jetzt! Denn daß Ihr's wißt: Im Spiel wie im Leben Sieger ist nur der, der durchhält bis zuletzt! Sieg Heil!“

Naturwissenschaften:

Ausschuß des Wissenschaftsrats für Ausbau mit Einschränkungen

Endgültige Entscheidung Mitte November - Köll: „Wir können zufrieden sein“

„Wir können trotzdem zufrieden sein“. Mit diesen Worten kommentierte der Dekan des Fachbereichs IV, Professor Dr. Peter Köll, den Beschluß des Ausbauausschusses des Wissenschaftsrates, mit Einschränkungen den von der Universität und dem Land gewünschten Ausbau der Naturwissenschaften zu empfehlen. Die endgültige Entscheidung darüber wird Mitte Dezember in Berlin auf der Plenarsitzung des Wissenschaftsrates fallen. Geht sie auch so relativ positiv aus, steht dem baldigen Baubeginn auf dem Standort Wechloy nichts mehr entgegen. Die Hochschulbaugesellschaft arbeitet bereits an den Ausschreibungen für das dann knapp 140 Millionen Mark teure Projekt.

Die Einschränkungen, die der Ausschuß empfiehlt, beziehen sich auf die zentralen Betriebswerkstätten, die in die Bauten mit insgesamt 25.800 Quadratmetern einbezogen werden sollen. In den Planungen waren sie als Extraposten aufgeführt.

Insgesamt kann man dennoch von einem Erfolg sprechen, der nicht zuletzt dadurch zustandekomme ist, weil sich Universität und Land nach den heftigen Auseinandersetzungen im April und Mai dieses Jahres auf einen Kompromiß einigten und ihn vor dem Wissenschaftsrat gemeinsam vertraten. Denn wider Erwarten hatte das Gremium im Sommer noch stärkere Vorbehalte gegen den Ausbau der Naturwissenschaften als der Wissenschaftsminister. Begründung: Der Bedarf an Studienplätzen in die-

sen Fächern sei geringer, als vor kurzer Zeit noch angenommen. Auch die jüngste Entscheidung ist nicht unumstritten. Sie wurde ledig-

lich mit Mehrheit gefaßt, was bedeutet, daß in Berlin auf der Plenarsitzung noch einmal darüber diskutiert wird. Im Ausbauausschuß wurde von einigen Mitgliedern die Streichung von mehreren hundert Studienplätzen befürwortet, was aus der Sicht der Universität dazu führen würde, daß keine funktionsgerechten Studiengänge eingerichtet werden könnten. Nach den jetzigen Anmeldungen verteilen sich die Studienplätze auf die Fächer wie folgt: Mathematik 535, Biologie 360, Chemie 535, Physik 470 und Geographie 50 zur Abdeckung der naturwissenschaftlichen Anteile. Diese Zahlen werden jetzt leicht reduziert.

gh

Vorerst keine Traglufthalle für Sport

Die Reißfestigkeit der Schweißnähte der Halle, die in Auftrag gegeben werden sollte. Er berief sich dabei auf den Paragraphen 25 der Niedersächsischen Bauordnung. Tatsächlich stehen aber in der Bundesrepublik bereits 25 Hallen dieses Typs - darunter nicht wenige in Niedersachsen, obwohl auch dort die gleichen Baubestimmungen gelten.

Sie werden an anderer Stelle aber offensichtlich liberaler gehandhabt. Die Stadt Oldenburg zum Beispiel begnügt sich mit einem Gutachten der Feuerwehr und einer sechs- bis siebenjährigen Garantie der Herstellerfirmen. Außerdem verlangt sie, daß fehlende Zeugnisse nachgereicht werden.

Im Zentralbereich Hochschulsport vermutet man dann auch eher, daß nicht sachliche Gründe zum „Paragraphenritt des Staatshochbauamtes“, so der Leiter Christian Wopp - geführt haben, sondern eher Kompetenzangel. Denn die Hochschule hatte sich, um die dringend benötigte Halle zu bekommen, mit Unterstützung Oldenburger Landtagsabgeordneter direkt ans Ministerium gewandt, das außerordentlich unbürokratisch reagierte und die Mittel in kurzer Zeit bereitstellte. Wopp: „So konnten wir guter Hoffnung sein, daß die Halle Anfang bis Mitte November stehen würde.“

Daraus wird nun mit Sicher-

heit nichts. Wahrscheinlicher ist, daß vor dem Sporttrakt eine Traflufthalle, für die jetzt eine neue Herstellerfirma gesucht wird, erst dann steht, wenn die Studenten in die Ferien oder Praktika fahren.

gh

Beteiligung an Wahl zu DFG-Fachausschüssen wichtig

Raapke appelliert an wahlberechtigte Wissenschaftler

Der beauftragte Interimspräsident, Professor Hans-Dietrich Raapke hat alle wahlberechtigten Wissenschaftler der Universität Oldenburg aufgerufen, sich an den Wahlen zu den Fachausschüssen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zu beteiligen. Raapke wies darauf hin, daß die personelle Zusammensetzung der Ausschüsse für die Neugründungen, bei denen Drittmittel noch nicht so reichlich fließen, von besonderer Bedeutung seien. Die Fachausschüsse sind maßgeblich für die Vergabe von Mitteln der DFG für Forschungsprojekte zuständig. In den letzten Tagen sind allen wahlberechtigten Wissenschaftlern der Universität die Wahlunterlagen per Post zugegangen. Die Wähler können für einen der ins-

gesamt 171 Fachausschüsse ihr Votum abgeben. Dabei können sovieler Namen der Kandidaten auf dem Wahlzettel eingetragen werden, wie der Fachausschuß über Sitze verfügt. Für welchen Fachausschuß sich der Wissenschaftler entscheidet, bleibt ihm selbst überlassen.

Für jeden Fachausschuß werden in der Regel vier Vertreter in geheimer Wahl bestimmt; von ihnen sind die mit der höchsten Stimmenzahl Fachgutachter. Bei besonders umfangreichen Fächern werden bis zu zehn Vertreter für vier Jahre gewählt. Die Wahlzettel müssen bis zum 15. November in der Universität bei Frau Neuhaus (Zimmer A 209) abgegeben werden.

gh

Lehrerplanstellen zum 1. Februar

Vom 8. bis 22. November werden in der Universität (Bauteil A, 1. Stock) die zum 1. Februar zu besetzenden Lehrerplanstellen im Land Niedersachsen per Aushang bekanntgegeben. Bewerbungsunterlagen sind beim Immatrikulationsamt im gleichen Zeitraum erhältlich. Spätestens am 22. November müssen die Bewerbungen bei den zuständigen Stellen eingegangen sein. Um die Stellen können sich, wie es in einem entsprechenden Erlaß des Kultusministers dazu heißt, „die Absolventen des Vorbereitungsdienstes und der einphasigen Lehrerbildung“ bewerben.

Zuordnung zum 3. Studienabschnitt

Für Studenten, die ab 1. August 1980 mit dem unterrichtspraktischen Halbjahr im Rahmen des III. Studienabschnittes beginnen, wird Mitte November eine erste „Zuordnungsvorstellung“ an den Anschlagbrettern des ZpB aushängen. Am 23. November wird dazu im Hörsaal G um 14 Uhr eine Informationsveranstaltung stattfinden, in deren Rahmen die Zuordnungsvorschläge, Möglichkeiten der Selbstorganisation und Änderungsmöglichkeiten erörtert werden sollen. Insgesamt haben sich dafür 311 Studenten gemeldet, davon allein 185, die das Sek.-II-Lehramt anstreben.

Magisterstudiengang beantragt:

Sprach- und Kulturarbeit mit Ausländern

Fach Germanistik plant auch Aufbaustudiengang im Lehramtsbereich

Die Universität Oldenburg plant die Einrichtung eines Magisterstudienganges „Sprach- und Kulturarbeit mit Ausländern“. Ein entsprechender Antrag ist in diesen Tagen dem Niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kunst zugegangen.

Mit dem innerhalb der Germanistik bestehenden Lehrgebiet „Deutsch als Fremdsprache“ - besetzt mit einem Professor und einem Lektor - verfügt die Hochschule über gute Voraussetzungen für einen solchen Studiengang. Seit 5 Jahren besteht schon jetzt die Möglichkeit für Lehrerstudenten, im Rahmen des Germanistikstudiums den Schwerpunkt „Deutsch für Kinder ausländischer Arbeitnehmer“ zu wählen.

Dazu erklärte der Dekan des Fachbereichs II (Kommunikation und Ästhetik), Professor Dr. Wilfried Stöling, im Fach Germanistik werde zur Zeit auch darüber nachgedacht, einen regulären 3- bis 4-semesterigen Aufbaustudiengang dafür einzurichten. Die Hochschule könne dann dazu beitragen, Lehrer für diese Aufgaben zu qualifizieren. Der Bedarf sei außerordentlich hoch. Das werde auch im Kultusministerium so gesehen, in dem zur Zeit eine Neufassung des Erlasses zur Ausländerbeschulung erarbeitet wird, wonach in Zukunft ein Bedarf von bis zu 500 Lehrern mit spezieller Vorbereitung für den Ausländerunterricht entstehen wird, die größtenteils durch Fort- und Weiterbildung qualifiziert werden sollen.

Den zunächst anvisierten Magisterstudiengang „Sprach- und Kulturarbeit mit Ausländern“ begründete der Germanist Dr. Michael Fritsche, der maßgeblich an der Konzeption beteiligt war, wie folgt: „Für uns alle sichtbar kommt die Weltbevölkerung zunehmend in Bewegung. Die Bundesrepublik Deutschland ist deshalb zu einer vielsprachigen multinationalen Gesellschaft geworden, wenn dies auch bisher von den zuständigen Verwaltungs- und Bildungsinstitutionen in allen Konsequenzen noch nicht begriffen wurde. Die große Anzahl der Gastarbeiter und ihrer Kinder, die in Zukunft sicher zunehmende Anzahl politischer und wirtschaftlicher Flüchtlinge aus Ländern der sog. Dritten Welt, zahlreiche deutsche Umsiedler, ausländische Praktikanten, Studenten und Wissenschaftler bedingen einen Bedarf an Fachkräften für die sprachliche, kulturelle und soziale Eingliederung in unsere Gesellschaft, wobei unter Eingliederung nicht die Aufgabe und Verdrängung der Herkunftskultur verstanden werden darf. Daß eine solche erzwungene Aufgabe zu erheblichen psychosozialen Schäden führt, zeigen die Ergebnisse der „Schmelztiegelideologie“ in den USA und anderen traditionellen Einwanderungsländern, wo man sich dieser Tatsache zunehmend bewußt geworden ist, aber auch gerade die Folgen der Arbeitsemigration bei der zweiten Generation der Gastarbeiter in unserer Gesellschaft, die häufig schlagwortartig als Analphabeten in zwei Sprachen bezeichnet

werden. Voraussetzung für eine sinnvolle kulturelle und pädagogische Arbeit mit Ausländern ist deshalb, daß der mit ihr Befasste über sprachtheoretische und fremdsprachendidaktische Kenntnisse verfügt, möglichst viele Fremdsprachen kennt, Methoden der kontrastiven Landeskunde kennt, um den kulturellen Hintergrund der Adressaten sinnvoll in die pädagogische Arbeit einzubeziehen, und die Gründe und Mechanismen der Arbeitsemigration erfaßt sowie die rechtliche Situation der Ausländer in der Bundesrepublik kennt.“

Medieneinsatz in der Lehrerbildung

Während der letzten Semester sind bereits von Lehrenden AV-Produktionen aus dem zur Erprobung in der Lehrerbildung angebotenen Medienpaket des FWU eingesetzt worden. Die Möglichkeit zur Nutzung dieser Film-/Video-Produktionen besteht auch im WS 79/80.

Die zur Verfügung stehenden audiovisuellen Medien sind mit finanzieller Unterstützung des Bundes und der Länder entwickelt worden, um zu einer inhaltlichen Verbesserung der Lehrerbildung beizutragen. Gleichzeitig soll die Anschaulichkeit praxisbezogener Lehrveranstaltungen erhöht und eine Optimierung der Lehr-Lernprozesse ermöglicht werden. Die bei der Erprobung gemachten Erfahrungen sollen ausgewertet und in Hinweise für einen umfassenden Einsatz der Medien in verschiedenen Verwendungszusammenhängen der Lehrerbildung umgesetzt werden.

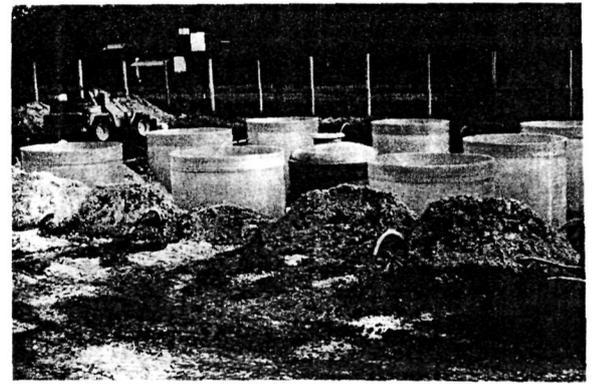
Für alle Produktionen stehen schriftliche Begleitmaterialien zur Verfügung, die z.T. umfangreiche Inhaltsangaben sowie methodische und didaktische Hinweise enthalten. Der Katalog mit allen zur Verfügung stehenden Titeln ist im Hifo (VG 508), in der Mediothek der Zentralbibliothek sowie im ZpB (W. Fichten) einsehbar.

Bestellungen von Medien können über das ZpB (W. Fichten) erfolgen oder direkt bei der Hamburger Projektgruppe vorgenommen werden (AP-EL Arbeitsgruppe Hamburg, Staatliches Studienseminar - UMA - Hohe Weide 16, 2000 Hamburg 10, Tel.: 040/41 12 772).

Kurz notiert

Assistenten an der Hochschule können Lehrer in Zukunft nur noch werden, wenn sie die neuen Qualifikationsanforderungen nach dem Niedersächsischen Hochschulgesetz erfüllen (u.a. Promotion). In der Beantwortung einer kleinen Anfrage im Landtag rechnet das Wissenschaftsministerium daher damit, daß die „Besetzung von Stellen für Hochschulassistenten mit Lehrkräften des Schuldienstes... nicht in dem gleichen Umfang möglich sein (wird) wie bei den bisherigen wissenschaftlichen Assistenten.“ Hochschulassistenten werden zu Beamten auf Zeit ernannt, wissenschaftliche Mitarbeiter werden beurlaubt und in einem befristeten Angestelltenverhältnis beschäftigt, bei „Lehrkräften mit besonderen Aufgaben“ für die Vermittlung praktischer Fertigkeiten bleibt der Beamtenstatus unberührt.

Auf 81600 erhöhte sich die Gesamtzahl der Zulassungen durch die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) zum Wintersemester 1979/80. 5800 Studienbewerber wurden nachträglich zugelassen, da entsprechend viele Studienplätze freigeblieben waren (2200 NC-Fächer, 2300 Lehramtsstudiengänge und 1300 bei den Studiengängen des Besonderen Verteilungsverfahrens für nachrangige Studienwünsche).



Acht Kunststofftanks wurden um den zentralen Beobachtungs- und Meßschacht der Lysimeteranlage angeordnet. Die Oldenburger Einrichtung gehört mit dieser Formation zu den größten in der Bundesrepublik. Foto: Privat

Ökologische Meßstation liegt unter der Grasnarbe

Boden- und Pflanzendecke werden untersucht

Unter einem leichten Erdhügel verbirgt sich zwischen Hllhornsweg und Drögen-Hasen-Weg eine neue umweltökologische Meßstation der Universität: die Großlysimeteranlage zur Untersuchung der Regulations- und Filterfunktion der Boden- und Pflanzendecke.

Professor Dr. Harald Gebhardt, der als Bodenkundler den Bau der Station initiierte, sieht zwei Verwendungsbereiche: „Wir können untersuchen, wie weit die Bodendecke den Wasserhaushalt beeinflusst und verschiedene Pflanzennährstoffe und Schadstoffe filtert.“

Die Versuche haben ihre besondere Bedeutung für den nordwestdeutschen Raum, der einerseits intensiv landwirtschaftlich genutzt und andererseits zunehmend für Industrieansiedlungen erschlossen wird, wodurch eine dauerhafte Belastung der Boden- und Pflanzendecke mit besonderen Schadstoffen, etwa durch Schwermetalle und Schwefelsäure oder möglicherweise durch Radionuklide aus Kernkraftwerken, anzunehmen ist.

Um aber Umweltschäden erkennen und vermeiden zu können, ist eine genaue Kenntnis der Ökosysteme und ihrer Belastbarkeit notwendig. Die Oldenburger Anlage ermöglicht dazu differenzierte Untersuchungen: Auf die 100 Quadratmeter großen Stahlbetongrundplatte wurden acht zylindrische, oben offene Kunststofftanks montiert, die alle über unterirdische Zuleitungen mit einem zentralen Beobachtungs- und Meßschacht verbunden sind. Die Tanks mit einem Durchmesser von zwei Metern und einer Tiefe von 2,30 Meter können mit verschiedenen Bodenarten gefüllt und auf unterschiedliche Grundwasserhöhen eingestellt werden. Außerdem sind die Versuche durch unterschiedliche Bepflanzungen an der Oberfläche der Tanks zu variieren.

Lysimeteranlagen wurden bisher - allerdings in kleineren Dimensionen - in der industriellen Forschung und in landwirtschaftlichen, wasserwirtschaftlichen und naturkundlichen Forschungsanstalten des Bundes und der Länder eingesetzt.

Zitat

„Da die Kommission nicht beschlußfähig war, konnte die Sitzung nicht eröffnet werden... Das NHG hat den Hochschullehrern die Mehrheit auch in dieser Kommission zugesichert. Im preußischen Staat galt noch der Grundsatz: Rechte bedeuten Pflichten. Es bleibt abzuwarten, ob in der vom NHG intendierten neuen Hochschullehreruniversität der Spruch von Schelsky gilt: Die Arbeit machen die anderen“. Aus dem Protokoll über die 3. Sitzung der zentralen Studienkommission am 3.10.1979.

Schlagwortkatalog in Zentralbibliothek

Seit einigen Monaten steht in der Zentralbibliothek jetzt ein Schlagwortkatalog in Form eines Zettelkatalogs den Benutzern zur Verfügung. In ihm sind alle Monographien der Fachbereiche I und IV aufgenommen sowie aus dem Fachbereich II die Fächer Kunst, Slawistik, Germanistik und Anglistik und aus dem Fachbereich III Wirtschaftswissenschaften. Traditionell wird die Sacherschließung in Bibliotheken durch Schlagwortkataloge (SWK) und systematische Kataloge geleistet. Bis Anfang 1977 wurde im BIS für die Aufstellung und systematische Erschließung der Bücher die Systematik der Bremer Universitätsbibliothek angewandt. Mit Abschaffung dieses Systems entfiel jegliche Form der Sacherschließung. Um diese Lücke - zumindest teilweise - zu schließen, wurde im Herbst 1978 mit der Erstellung eines Schlagwortkatalogs begonnen - entsprechend der Systematik der Deutschen Bibliothek in Frankfurt. Bei der „Verschlagwortung“ wird der Inhalt eines Buches durch ein oder mehrere Schlagwörter erfaßt. So ermöglicht es der Schlagwortkatalog, Literatur zu finden, ohne daß Verfasser und Buchtitel bekannt sein müssen. Die Schlagwörter sind im Katalog - wie in einem Konversationslexikon - alphabetisch geordnet. bh

Studienaufenthalte in der Dritten Welt

Drei Oldenburger Studenten waren in Bangladesch und Tunesien

Für Studenten und Jungakademiker, die sich für Entwicklungspolitik interessieren, besteht die Möglichkeit, bei vertretbarer Eigenbeteiligung an einem drei- bis sechsmonatigen „Arbeits- und Studienaufenthalt“ (ASA) zu beteiligen. Drei Oldenburger Studenten haben sich bisher erfolgreich um ein Stipendium der Kübel-Stiftung GmbH, benannt nach ihrem Stifter, einem Unternehmer, bemüht. Sie hielten sich mehrere Monate in Tunesien bzw. in Bangladesch auf. Am Donnerstag, dem 15. November, wollen sie um 20.00 Uhr in der Teestube (VG) über ihre Erfahrungen berichten und an Interessenten nähere Informationen darüber weiterleiten, wie und zu welchen Bedingungen man sich um eine solche Stelle bewerben kann.

Die Kübel-Stiftung, die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit gefördert wird, will mit dem ASA-Programm die Chance bieten, theoretische und fachspezifische Kenntnisse über die Dritte Welt

mit praktischen Erfahrungen zu verbinden, um diese für die weitere Berufsausbildung zu nutzen.

Die Stiftung ist zwar Träger des Programms, d.h. sie ist verantwortlich für die Finanzierung, Vorbereitung und Durchführung, jedoch wird das Programm selbst als ein studentisches begriffen, bei dem die Mitarbeit von Teilnehmern und ehemaligen Teilnehmern nicht nur erwünscht, sondern auch Voraussetzung ist. Die Mitwirkung der Studenten beginnt bei der Auswahl der zu besetzenden Projekte. Weiterhin sind sie an der Auswahl der Bewerber beteiligt. Sie besetzen 2 von 5 Sitzen in den jeweiligen Auswahl Ausschüssen.

Bewerbungsunterlagen können bei der Kübel-Stiftung GmbH, Postfach 3001, 6140 Bensheim angefordert werden. Bewerbungsschluß für eine Teilnahme im nächsten Sommer ist der 24. November. Wer Näheres erfahren will, kann sich auch an den ehemaligen Teilnehmer Helmut Blohm wenden (Tel.: 0441/16612).

FO-Benutzerkatalog 'Auslandsschulchriften'

Die Forschungsstelle für Auslandsschulwesen (FO) hat mit Beginn des Wintersemesters einen vorläufigen „Benutzerkatalog: Bereich Auslandsschulchriften“ vorgelegt und sieht sich somit in der Lage, einen Teil ihres Bibliotheks- und Dokumentationsbestandes der breiteren Universitätöffentlichkeit zugänglich zu machen.

Mit ihrer Sammlung der allgemein schwer erreichbaren Schulchriften deutscher Auslandsschulen bietet die Forschungsstelle dem interessierten Benutzerkreis Materialien, die einen Einblick in konkrete Auslandsschulsituationen ermöglichen und für die Vorbereitung auf studentische Praktika an deutschen Auslandsschulen (Erkundungen, Unterrichtsvorhaben

etc.) unverzichtbar erscheinen, die aber auch die Materialbasis entsprechender Forschungsvorhaben ergänzen und erweitern könnten.

Der Katalog, der über 2500 Einzeiltitel enthält, ist innerhalb seiner drei Abteilungen (Auslandsschulchriften, Schülerzeitungen, Berichte deutscher Lehrervereine im Ausland) dem Registernachweis der Systematik der Forschungsstelle entsprechend (Kodierungsziffern des internationalen Lochkartensystems) nach Kontinenten und Einzelschulen gegliedert. Ausführliche Benutzerhinweise sind dem Register vorangestellt. Der Katalog liegt in der Zentralbibliothek, in allen Fachbereichsbibliotheken und in der Forschungsstelle zur Einsichtnahme aus.

Studientips für ELAB-Studenten

Für jeden Studiengang ein umfangreiches Informationsheft

Für jeden Lehramtsstudiengang gibt es jetzt ein Informationsheft, das neben der fachspezifischen Prüfungs- und Studienordnung ein Merkblatt mit den wichtigsten Informationen über den Studiengang enthält. In Zusammenarbeit mit den Studienkommissionen wurden diese Merkblätter von der Zentralen Studienberatung erstellt. Sie konkretisieren die häufig sehr allgemein gehaltenen Regelungen in den Studien- und Prüfungsordnungen. Darüber hinaus sollen sie praktische Hinweise geben, wie man sein Studium gestalten kann,

welche Pflichtveranstaltungen man in welchem Studienabschnitt besuchen sollte, welche Prüfungs- und Studienanforderungen verlangt werden und welche Prüfungsteile im 3. Studienabschnitt abzulegen sind.

Da alle Merkblätter nach einem gleichen Gliederungsschema aufgebaut und übersichtlich gestaltet sind, bieten sie für Studieninteressierte und Studienanfänger bei ihrer Studienwahl eine bessere Informations- und Entscheidungsgrundlage als die Studien- und Prüfungsordnungen. Die

Informationshefte konnten, da die Finanzierungsfrage mit den Fachbereichen noch nicht geklärt ist, bisher nur an die Studienanfänger verteilt werden. Voraussichtlich können jedoch ab Mitte November auch Studenten im höheren Semester Broschüren in der Zentralen Studienberatungsstelle erhalten.

Informationshefte für die Diplombstudiengänge befinden sich zur Zeit noch in Arbeit und werden voraussichtlich im Dezember herausgegeben.

„Wie wohnen die Studenten?“

Das AStA-Sozialreferat plant eine ausführliche Untersuchung über die Wohnsituation der Oldenburger Studenten. Dabei sollen die verschiedenen Formen des Wohnens in Heimen, in Wohngemeinschaften, zur Untermiete usw. berücksichtigt werden. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen in einer Fotoausstellung dokumentiert werden. Eine Veröffentlichung in der lokalen Presse wird ebenfalls geplant, um so die Bevölkerung über die Wohnsituation der Studenten zu informieren. Die Studenten werden gebeten, sich bei der Sozialreferentin Ulrike Sanders (C 209, Tel. 798269) zu melden.

unterhalte, andererseits diese Arbeit als verfassungsfeindlich eingestuft werde.

Aufsehen erregte ferner, daß Gross von der Landesregierung angelastet worden war, daß sich zahlreiche Publikationen mit seinem Fall beschäftigten hätten - darunter auch das „Uni-Info“, das „von der Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg herausgegeben“ werde. niedersächsisches Innenministerium durch den Verfassungsschutz habe ermitteln lassen. k

Arbeitsgericht: Gross muß eingestellt werden

Das Oldenburger Arbeitsgericht entschied am vergangenen Donnerstag, daß der Diplom-Mathematiker Horst-Eckart Gross mit einem auf drei Jahre befristeten Angestelltenvertrag an der Universität einzustellen ist und zur Geschichte und Berufspraxis der Mathematiker lehren darf.

Es entsprach damit der Klage des Wissenschaftlers gegen das Land Niedersachsen, das ihm zuvor bereits eine Tätigkeit als wissenschaftlicher Assistent aus politischen Gründen untersagt hatte. Das Land hatte auch in diesem Fall gefordert, die Klage kostenpflichtig abzuweisen.

In der Verhandlung galt als unstrittig, daß Gross Mitglied der DKP ist und für diese Partei zum Europarat kandidiert hatte. Ebenso wurde bestätigt, daß er sich in seiner Arbeit als wissenschaftliche Hilfskraft in Oldenburg, die er neben anderen Tätigkeiten in Bielefeld und Bremen auf einem hohen fachlichen Niveau geleistet hat, keines Verstoßes gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung schuldig gemacht habe.

Auf Verwunderung stießen in dem Prozeß die umfassenden Recherchen des Verfassungsschutzes. So hatte er ermittelt, daß Gross „auch im März 1978 noch stellvertretender Vorsitzender der „Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba“ (war)“. Gross konnte diese „Erkenntnis“ korrigieren, denn er ist inzwischen Vorsitzender des Vereins, und auf den Widerspruch aufmerksam machen, daß seine Gesellschaft zwar einerseits offizielle Kontakte zur Bundesregierung

SHB: Aktionsbündnis

Als Teilerfolg haben die Delegierten der 20. Bundesdelegiertenkonferenz des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) in der Universität Oldenburg die geplante Abschaffung der Zwangsmatrikulation bezeichnet. Allerdings reiche diese Maßnahme allein nicht aus. Vielmehr müsse eine umfassende Novellierung des Hochschulrahmengesetzes erfolgen, die den Fall der Regelstudienzeit beinhaltet.

In dem „gesellschaftspolitischen Leitartikel“ forderten die Delegierten die Schaffung eines breiten Aktionsbündnisses gegen die Kanzlerkandidatur von Ministerpräsident Franz Josef Strauß. Strauß könne nur „durch ein einheitliches Vorgehen aller demokratischen Kräfte“ gestoppt werden. Gleichzeitig wurde eine Verstärkung der Aktivitäten gegen Berufsverbote und für Frieden und Abrüstung angekündigt.

Kein einheitliches Votum kam dagegen über die friedliche Nutzung von Kernenergie zustande. Zwar wurde das Atomprogramm der Bundesregierung abgelehnt, jedoch bestand offensichtlich keine einhellige Meinung über die Nutzung von Kernenergie in den sozialistischen Ländern. Ein Antrag zu dem Gesamtkomplex soll jetzt, wie es in einer Pressemitteilung des SHB dazu heißt, von anderen Verbandsgremien behandelt werden.

An dem Verbandstag des SHB nahmen neben 160 Delegierten, die den bisherigen Vorsitzenden Rolf Berg-horn (Uni Münster) wiederwählten, auch zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland teil - darunter auch Vertreter des Ostblocks und der Dritten Welt. Sie wurden von Oberbürgermeister Hans Fleischer im Rathaus empfangen.

Niedersachsens Austritt aus der Gesellschaft für Friedensforschung

„Jemand, der weiß, wie diese Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DFGK) entstanden ist, der weiß, daß es höchste Zeit ist, daß die Forschungsförderung in die Hände der allgemeinen Forschungsförderung gelegt wird.“ Mit diesen Worten verteidigte Wissenschaftsminister Professor Eduard Pestel den Austritt des Landes Niedersachsen aus der DGFK vor dem Niedersächsischen Landtag. Wissen muß man, daß die DGFK vor neun Jahren auf Initiative des damaligen Bundespräsidenten Heinemann gegründet wurde, „um die Friedens- und Konfliktforschung zu fördern sowie zur Verbreitung des Friedensgedankens beizutragen“, so die Satzung der DGFK.

Offizielle Begründung für den Austritt des - nach Bayern - zweiten unionsgeführten Landes aus der Gesellschaft ist die angebliche Verletzung des Pluralitätsprinzips in den Gremien der DGFK. Die Ministerpräsidenten der Länder hatten die DGFK aufgefordert, bis Ende des Jahres 1979 eine stärkere Mitwirkung der Länder in ihren Gremien zu gewährleisten. Diesen Forderungen kamen Mitglieder und Vorstand im August nach, indem sie dem Kura-

torium der Gesellschaft entsprechende Beschlüßvorlagen zuleiteten, die dort am 21. September verabschiedet wurden. Das Austrittsschreiben der Landesregierung wurde in Kenntnis dieser Vorlagen und ohne den Ablauf der gesetzten Frist am 12. September abgeschickt.

Eine ausgewogene Zusammensetzung der Gremien wurde denn auch in der Landtagsdebatte über eine von der SPD eingebrachte Kleine Anfrage gar nicht mehr ernsthaft bestritten, vielmehr reduzierte sich das Problem für Pestel nunmehr auf die straffe, „monolithische“ Fraktionsbildung innerhalb der „kritischen Friedensforscher“ in der Gesellschaft während die „Konventionellen“ „äußerst pluralistisch zusammengesetzt sind“. Und außerdem seien, die Redikalen immer da, wie man das ja auch aus den Hochschulen kenne.

Also wohl doch politische Gründe für die Kündigung? Beim Durchblättern des „DGFK-Hefes“ Nummer 1 stößt man unter anderem auf einen Abschnitt „Carl-von-Ossietzky-Professor“. Diese wird jährlich an „international anerkannte Persönlichkeiten aus dem Bereich der Friedens- und Konfliktforschung oder der Friedenspolitik“ vergeben, die auf

diese Weise die Möglichkeit erhalten, für ein bis zwei Semester an einer deutschen Hochschule zu lehren und zu forschen. Die Schwierigkeiten, die die Landesregierung mit dem Pazifisten und Friedenspolitiker Ossietzky hat, sind seit dem Streit um die Namensgebung für die Universität Oldenburg hinlänglich bekannt. Vielleicht sollte die DGFK auf diesen Schwerpunkt ihrer Forschungsförderung verzichten?

Daß die Landesregierung generell auf Kriegsflug mit der Friedensforschung steht, läßt sich jedenfalls nicht ernsthaft behaupten. Will sie doch ihren DGFK-Beitrag (90.000 DM) zukünftig der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für Zwecke der Friedensforschung zur Verfügung stellen; das „nicht mehr so jungfräuliche“ Gebiet der Friedensforschung soll „so Pestel, „endlich in das Normalverfahren der DFG, befreit von allen politischen Zwängen usw.“ zurückgeführt werden. Allerdings: Es ist zweifelhaft, ob Mittel überhaupt zweckgebunden an die DFG gegeben werden können. Und außerdem taucht im letzten DFG-Bericht kein Bereich auf, in den die Friedensforschung „zurückgeführt“ werden könnte. J. Buchrucker

Der Kommentar



Professor Dr. Eberhard Schmidt:
Institute oder Seminare sind ein Schritt zurück!
Antwort auf Professor Dr. Wolfgang Schulenberg
(Uni-Info 14/79)

Eine einfache Tatsache gilt es zunächst festzuhalten: Das NHG läßt Raum für verschiedene Lösungen zur Organisation unterhalb der Fachbereiche. Die Einrichtung von Instituten oder Seminaren nach § 101 ist im NHG lediglich als „Kann-Bestimmung“ gefaßt. Nur insoweit die Universität sich für Seminare und Institute entscheidet, müssen sie in der Vorlage eines Organisationsplanes aufgeführt und dann vom Minister genehmigt werden. Zwar behält sich der Minister über § 76 NHG (Rechtsaufsicht) und § 77 (Genehmigungen) erhebliche Eingriffsrechte in den Prozeß der inneren Organisation der Universität vor, aber das kann nicht als Argument dienen, demokratische Strukturen der Universität, die wissenschaftspolitisch begründet sind, preiszugeben. Sicherlich wird es kein einfacher Weg sein, das Ministerium davon zu überzeugen, daß Lehre, Studium und Forschung auch anders organisiert und leistungsgerecht betrieben werden können. Eine Universität, die sich in diesem Punkte einig wäre, hätte aber auch die Chance, sich gegen die Absichten des MWK durchzusetzen, denn die rechtlichen Voraussetzungen für alternative Modelle sind vorhanden. Nun argumentieren die Verfechter des Instituts- bzw. Seminarmodells 1. die bisherigen Substrukturen bieten „nicht die geordneten Arbeitszusammenhänge und -bedingungen, die für kontinuierliche wissenschaftliche Leistungen nötig sind“. 2. Es sei beim bisherigen Zustand nur schwer, eine Übersicht darüber zu gewinnen, was an dieser Universität an Wissenschaft betrieben werde. Die einzelnen Fachgebiete seien nicht ansprechbar.

Beide Argumente sind ernst zu nehmen und bei jeder künftigen Organisationsplanung zu berücksichtigen. Aber, wo steht eigentlich geschrieben, daß hierarchisch strukturierte Institute oder Seminare ohne jede Mitbestimmung der Mitarbeiter die Resultate wissenschaftlicher Arbeit verbessern?

Alle Erfahrung der Vergangenheit spricht dagegen. Es mag sein, daß diejenigen, die an der Spitze von Instituten stehen, durch einen direkten Zugriff auf Dienstleistungen und Ausstattungen ihre Forschungsbedingungen verbessern. Aber es ist eine interessenbedingte Verwechslung, dies für eine Steigerung der Qualität der Arbeit aller am Lehr- und Wissenschaftsprozeß einer Universität Beteiligten zu halten. Interdisziplinäre Forschung in Teamarbeit wird durch derartige Bedingungen eher behindert als gefördert. Ist denn die ganze Diskussion um die Ineffizienz der Ordinarieruniversität, auch nach immanentechnokratischen Kategorien, vergessen? Erinnert sich niemand mehr an die Einsichten in die Notwendigkeit demokratischer Strukturen für den Wissenschaftsprozeß? Hat man die Erinnerung an die Herr-Knecht-Verhältnisse in den alten Instituten und den entsprechenden Wissenschafts- und Leistungsbegriff verdrängt, kaum ein Jahrzehnt, nachdem sich auch daran der Protest der Studentenbewegung zündet hatte?

Was die gewünschte Stärkung der

Fachgebiete innerhalb der Fachbereiche betrifft, so darf dies nicht auf Kosten der Konzeption der Studiengänge mit ihren interdisziplinären Anteilen gehen. Das vom Kollegen Schulenberg vorgelegte Modell für den Fachbereich III sieht zum Beispiel eine saubere Trennung der Fächer vor und würde einen alten, schlechteren Zustand wiederherstellen. Dagegen kann die Außenvertretung eines Faches besser durch die Arbeit der Forschungsprojekte selbst, gerade auch, wenn sie interdisziplinär angelegt sind, geleistet werden. Sie sind entsprechend im Fachbereich zu verankern und auszustatten, auch durch Dezentralisierung von Dienstleistungen und Mitteln.

Kleinere Fachbereiche sind hierfür keine Lösung. Es kann deshalb nur darum gehen, unterhalb der Fachbereiche Strukturen und Institutionen zu schaffen, die handlungsfähig sind, den Bedürfnissen von Lehre, Studium und Forschung weitestgehend entgegenkommen und die ohnehin begrenzten Mitbestimmungsmöglichkeiten, die das NHG noch bietet, so weitgehend auszunutzen, wie es geht. Einige Kollegen und ich haben dazu ein Modell vorgelegt, das sich im wesentlichen auf Kommissionen stützt, die nach § 80 NHG zusammengesetzt sind, also gemäß der Parität der Fachbereichsräte. Wichtigste Kommissionen sind dabei Studiengangskommissionen, denen Entscheidungskompetenzen vom Fachbereich übertragen werden können, die Haushalts- und Planungsaufgaben für den Studiengang wahrnehmen und mit entsprechenden personellen und materiellen Mitteln auszustatten sind. Eine Forschungsstrukturkommission soll die Bedürfnisse von Forschungsprojekten und Arbeitsgruppen (nach § 104) koordinieren und in Abstimmung mit dem Fachbereichsrat bearbeiten. Die Entscheidungskompetenz des Fachbereichsrats in Berufsfragen bei der Mittelzuweisung und der Sicherstellung des Lehrangebots soll unberührt bleiben.

Eingegangen werden soll aber noch auf den Einwand, das Kommissionsmodell sei für eine Reihe von Aufgaben „völlig wertlos“. Das Kommissionsmodell regelt keineswegs alles. Aber es regelt die Probleme, die formell und institutionalisiert geregelt werden müssen. Wissenschaftliche Diskussion der Fachvertreter untereinander und über die tagtäglichen Arbeitsbeziehungen hinaus herzustellen, ist beispielsweise eine Aufgabe, die auch ein Institut oder Seminar nicht von sich aus leistet. Das erfordert die Initiative der Fachvertreter selbst.

Wenn unserer Universität bisher etwas gefehlt hat, dann waren es bestimmt nicht Institute oder Seminare der vorgeschlagenen Art, sondern eine bessere materielle Ausstattung, mehr Bewegungsfreiheit gegenüber einer zunehmend restriktiver werdenden Wissenschaftspolitik und vielleicht ein etwas längerer Atem und mehr Geschlossenheit bei der Durchsetzung vernünftiger Forderungen: Auch Perioden der Generierung müssen nicht ewig dauern. Die Anpassung nach rückwärts sollte ihre Grenzen haben.

Kurz notiert • Kurz notiert

Bei einem Aktionstag in der Universität analysierten die Kollegiaten des Oldenburg-Kollegs die Entwicklung des Zweiten Bildungsweges. Sie kritisierten, daß die Novellierung des Niedersächsischen Schulgesetzes durch die Landesregierung vorsehe, die Abendgymnasien und Kollegs zu Angebotsschulen abzustufen, in ihren Lerninhalten und Organisationsformen dem Ersten Bildungsweg anzupassen und „Ansätze zur Demokratisierung der Schule“ rückgängig mache.

Um jeweils zehn Prozent müssen die allgemeinen Förderungsmittel in den drei nächsten Jahren erhöht werden, um auch nur eine Einschränkung der Förderungstätigkeit vermeiden zu können. Zu diesem Ergebnis kommt die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) in ihrer neuesten Aufgaben- und Finanzplanung. Die DFG wird 66 neue Schwerpunktprogramme zur Förderung gemeinsamer, koordinierter Forschungsvorhaben und die 114 Sonderforschungsbereiche am neun ergänzen.

Der Dokumentationsband „Forschungsarbeiten in den Sozialwissenschaften 1978“, herausgegeben vom Informationszentrum Sozialwissenschaften, ist jetzt erschienen. In Form einer Titelliste werden etwa 4500 Forschungs- und Entwicklungsarbeiten von mehr als 1600 forschenden Einrichtungen nach Themenstellung, Autoren, Art der Forschung und Laufzeit beschrieben. Anfragen können an das Zentrum (5300 Bonn 1, Lennestr. 30) gerichtet werden.

Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) an der Universität Osnabrück veranlaßte eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Präsidenten der Hochschule. Er wollte damit einen Erlaß des Wissenschaftsministeriums in Hannover unterstützen,

nach dem der Präsident die Finanzgeschäfte des AStAs kontrollieren soll. Der Haushaltsplan der Studentenschaft war für rechtsunwirksam erklärt worden.

Prüfungen

Am 9. und 10. November findet eine Veranstaltung zum Thema „Unterrichtspraktische Prüfungen“ statt. Sie wendet sich neben den Studenten, die zur Zeit ihren III. Studienabschnitt ableisten, insbesondere an Kontaktlehrer, Schulleiter und auch an Hochschullehrer, die zur Zeit mit der Betreuung befaßt sind. An einer ersten Veranstaltung im September beteiligten sich 120 Personen.

Studienbescheinigung sofort abgeben

Alle wissenschaftlichen Hilfskräfte und Tutoren werden gebeten, umgehend ihre Studienbescheinigung in der Personalabteilung (bei Frau Fuhrken), Artillerieweg 25 b, abzugeben.

Berichte aus den Projekten

P 16 Heike Rautenhaus (Hrsg.): Aspekte der Differenzierung im Englischunterricht der Sekundarstufe I. Theoretische Ansätze und schulpraktische Umsetzung (145 S. - DIN A 5 - 7,- DM.)

Fundsache

„Zugleich müßten die Arbeitgeber steuerlich entlastet werden, weil nur so zu erreichen sei, daß Lohnabschlüsse der nächsten Jahre nicht viel höher als der Inflationsausgleich lägen.“ Aus „Rundblick“ vom 19. Okt. Nr. 203/79.

Termine

Sonnabend, 3.11.79, 13.00, Universität. Oldenburger „ran-Fete“ mit griechischer Folklore, „Radio Barmbeck“, Ossietzky-Gruppe, Jan und Jörn, „Zündschnüre“.

Mittwoch, 7.11.79, 20.00, Aula. Lutz Görner bringt Lieder und Texte von Brecht und Eisler „zur Lage der Nation“.

Montag, 26.11.79, 20.00, Aula. Sonja Kehler: Chanson-Abend.

Parkhaus mit Mängeln

Etwa 450 PKW können in dem mit einem Aufwand von drei Millionen Mark erbauten und Anfang Oktober fertiggestellten Parkhaus abgestellt werden. Allerdings ist das Hinweissystem so mangelhaft, daß Unfälle geradezu programmiert sind. Verkehrsschilder wurden kaum sichtbar installiert; Richtungspfeile sind fast nicht mehr zu erkennen, Bordsteine, die in die Fahrbahn hineinreichen, wurden nicht markiert.

Promotionen

Heinz-Erich Erbs ist mit der Note „sehr gut“ promoviert worden. Thema seiner Dissertation: „Informatik als Gegenstand der Erwachsenenbildung - Vorschläge zu einer Didaktik unter Berücksichtigung ausbildungsorientierter Programmiersprachen und Programmierumgebungen.“

Die Dissertation von Agnes Janssen mit dem Titel „Der zweite Bildungsweg für Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss. Motive, Bedingungen und Möglichkeiten der Vorbereitung auf den nachträglichen Hauptschulabschluss“ und die dazu gefertigten Gutachten liegen bis zum 16.11.79 im Präsidialamt zur Einsichtnahme durch die Hochschullehrer aus.

Personalien • Personalien

Axel Eggebrecht, ehemaliger Mitarbeiter der Weltbühne und heute in Hamburg lebender Schriftsteller und Publizist, und Professor Dr. Fritz Eberhard, einer der Väter des Grundgesetzes, erhalten die diesjährige Carl-von-Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte - Sektion Berlin. Ihnen wird die Medaille gemeinsam mit dem letztjährigen Träger, dem kürzlich aus der DDR-Haft entlassenen Rudolf Bahro, im Dezember in Berlin überreicht.

Professor Dr. Klaus Brake und Professor Klaus Kummerer, beide Hochschullehrer im Fachbereich III, leiten die diesjährige Herbstsitzung der Hochschullehrer für Stadt- und Regionalplanung der BRD, die erstmals am 9. November in Oldenburg stattfindet.

Professor Dr. Hans-Ludwig Freytag, Hochschullehrer im Fachbereich III, wurde auf einer Mitgliederversammlung der drei FDP-Kreisverbände Oldenburg-Land, Delmenhorst, Wesermarsch zum FDP-Bundestagskandidaten für die Bundestagswahl im kommenden Jahr gewählt.

Eberhard Steinweg wurde als wissenschaftlicher Angestellter beim Forschungsvorhaben „Abbau von organischen Polymeren in überkritischen Lösungsmitteln“ eingestellt.

Dr. Peter Springer wurde mit der Verwaltung der Professorenstelle „Theorie und Geschichte der bildenden Künste“ beauftragt.

Ursel Kohse wurde als Angestellte in der Maschinenbedingung im Rechenzentrum eingestellt.

Josef Diekmann wurde als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsvorhaben „Rechtsprobleme der Fachkommunikation“ eingestellt.

Dr. Eckhard Scheerer, bisher wissenschaftlicher Assistent an der Ruhr-Universität Bochum, wurde zum Professor für „Allgemeine Psychologie: Informationsverarbeitung und Kognition“ ernannt.

Dr. Gunther Salje wurde zum Hochschulassistenten für das Fachgebiet „Bildende Kunst/Visuelle Kommunikation“ ernannt.

Dr. Walter Kaminsky, bisher wissenschaftlicher Assistent an der Universität Hamburg, wurde bis auf weiteres mit der Verwaltung der Professorenstelle „Technische Chemie“ beauftragt.

Dr. Horst Kurt Schminke, bisher wissenschaftlicher Assistent an der Universität Kiel, wurde zum Professor für „Zoologie mit dem Schwerpunkt Morphologie“ ernannt.

Ingrid Schütte wurde als Angestellte in der Bibliothek eingestellt.

Irene Falter wurde als Schreibkraft in der Bibliothek eingestellt.

Ulrich Teske, bisher Studienrat an der Ina-Seidel-Schule in Braunschweig, wurde mit der Verwaltung der Professorenstelle „Bildende Kunst“ beauftragt.

Bärbel Schulte wurde als Schreibkraft im Fachbereich I eingestellt.

Günther Ulrich wurde als wissenschaftlicher Angestellter im Forschungsvorhaben „Arbeitsplatzwechsel“ eingestellt.

Gisela Warner wurde als technische Angestellte im Forschungsvorhaben „Solar Lake“ eingestellt.

Horst Scholz wurde als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsvorhaben „Arbeitsplatzwechsel“ eingestellt.

AUTOHAUS Büchner V-A-G
Gebrauchtwagen
 Alle Fabrikate
 Große Auswahl. Und nicht teuer.
 31081
 Donnerschwerer Str. 336 · 29 Oldenburg

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium
 In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl

 1871 1971
BUCHHANDLUNG BÜLTMANN & GERRIETS
 Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01
 Postfach 141

COPIERCENTER OLDENBURG
 Ammerländer Heerstraße 88
 Fernsprecher 04 41/7 55 50
 Kopien auf Normalpapier DIN A4/A3 in Selbstbedienung
Kopierpreis je Stück **0,10 DM**
 ab 500 Kopien je Stück 0,09 DM
 ab 1000 Kopien je Stück 0,08 DM
SCHNELLD RUCK-SERVICE
 DRUCK-CENTER
 Schützenweg 4 · Ruf 04 41/7 55 50
 zum Beispiel 1 Vorlage DIN A4
 Auflage 20 Stück **DM 2,50**
 Auflage 100 Stück **DM 6,50**
 Auflage 500 Stück **DM 23,50**
 Auflage 1000 Stück **DM 38,00**
 Auflage 2000 Stück **DM 68,00**

JEANS
 von **Horten**
 Levis · Wrangler · Pioneer · Lols · Settler

TABULA BUCHLADEN IM HERBARTGANG




Sonne genießen mit einer Qualitäts-Sonnenbrille.
 Lassen Sie sich doch einfach einmal bei uns beraten. Vorkommen unverbindlich für Sie.

Optiker Schulz
 für besseres Sehen und Hören
 Achtlernstraße / Ecke Ritterstraße

Zeitschriften - Bücher
 Berichte und Examensarbeiten
 Examensarbeiten-schnelldienst
 innerhalb 2 Stunden
 Jochen Herckus
 Biblioteksbuchbindere
 Edewechter Landstraße 50
 Telefon 50 23 97

SPANHAKE
 aktuell
 An · basteln · basteln · bast
Jeder braucht ein Hobby Auch Du!
 Bei uns findest Du die Auswahl, um Dir Dein ganz persönliches Hobby auszusuchen.
 Wir bieten über Basteln, Modellbau bis zur Renovierung alles aus einer Hand!
 oldenburg - lange str.


Spedition Möbeltransport International DEUS
 TEL. (04 41) 7 10 01

Anna Thye
 Buchhandlung
 Inh. Gottfried Sieler
 Gegr. 1. 9. 1800
 29 OLDENBURG
 Schloßplatz 21 / 22
 Postfach 4780
 Ruf (04 41) 2 52 88


Wir sind die Bank, die hier zu Hause ist.
 OLDENBURGISCHE LANDESBANK AG
